



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-Verfassung ermöglicht Todesstrafe und Tötung bei "Aufstand" oder "Aufruhr"

"Die **Grundrechtecharta** ermöglicht entgegen der durch das Menschenwürdeprinzip gebotenen Abschaffung der Todesstrafe (Artikel 102 des Grundgesetzes) die Wiedereinführung der Todesstrafe im Kriegsfall oder bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr, aber auch die **Tötung von Menschen**, um einen Aufstand oder Aufruhr niederzuschlagen. Maßgeblich ist eben nicht der vollmundige Artikel II-62 Absatz 2 des Verfassungsvertrages, der die Verurteilung zur Todesstrafe und die Hinrichtung verbietet, sondern die **Erklärung** zu diesem Artikel, die aus der Menschenrechtskonvention von 1950 stammt. Die Ermächtigungen der Union im Bereich der "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" genügen, um im Interesse der Effizienz der Missionen oder auch der Verteidigung die Todesstrafe einzuführen. Aufstände oder Aufruhre kann man auch in **bestimmten Demonstrationen** sehen. Der tödliche Schußwaffengebrauch ist in solchen Situationen nach dem EU-Verfassungsvertrag keine Verletzung des Rechts auf Leben".

Wörtlich zitiert aus "Argumente gegen die Zustimmung zum Vertrag über eine Verfassung für Europa" von Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider, Professor für öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg, 23 Seiten, um 2,50 Euro/ÖS 34,40 + Porto bei uns erhältlich/ entspr. Vermerk am Erlagschein als Bestellung genügt. Weiterverbreitung ausdrücklich erwünscht!

Der genaue Wortlaut des Vertragstextes bezüglich der Todesstrafe und Tötung bei "Aufruhr" oder "Aufstand" sowie der Erklärung dazu findet sich auf den Seiten 433/434 der von den EU-Behörden selbst herausgegebenen **amtlichen Ausgabe** der EU-Verfassung. In der Praxis bedeutet dies, daß z.B. bei den Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten in den

späten 1980-er Jahren, die zum Fall der Berliner Mauer, zum Ende der DDR und zum Zusammenbruch des Kommunismus ("realer Sozialismus") insgesamt geführt haben, die Polizei das ihr vertraglich zustehende Recht gehabt hätte, **auf die Demonstranten zu schießen**, diese zu töten oder später hinzurichten. Beim 1956 vergeblichen Freiheitskampf der Ungarn wurde dies von der damaligen Sowjet-Herrschaft ja auch tatsächlich so gehandhabt ... Würde die EU-Verfassung in Kraft treten, hätte die Exekutive in allen EU-Staaten die gleichen "Rechte" wie die sowjetische Soldateska im früheren Ostblock!

Wiedergewinnung der Neutralität Österreichs nur möglich bei Austritt aus der EU

In ihrer Bilanz über den EU-Gipfel im Juni in Berlin erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel/CDU u.a. zufrieden: "Künftig werde die EU in der Außenpolitik mit **einer** Stimme sprechen." Die EU wird **einen** Außenminister für (derzeit) 27 Mitgliedstaaten "erhalten" - von wessen Gnaden auch immer und unter welcher Tarnbezeichnung auch immer ("Beauftragter" o.ä.). Jedenfalls bedeutet dies das **Ende jeglicher eigenständiger Außenpolitik** und damit auch der Neutralität Österreichs. Wohl deshalb wurde schon vor Monaten beschlossen, den offiziellen Namen des (bisherigen) österreichischen Außenministeriums zu ändern auf: "Ministerium für internationale Beziehungen" ...

Ist es Ihnen auch aufgefallen, daß man jahrelang in aufwendigen Arbeitsgruppen auf höchster Ebene eine **"Reform"** (auch so ein ständig strapaziertes Tarnwort für "Zerstörung") der österreichischen Bundesverfassung natürlich hinter verschlossenen Türen verhandelte. Als feststand, daß die EU-Verfassung aufgrund der Abstimmungsergebnisse in Frankreich und den Niederlanden nicht wie geplant schon vor zwei Jahren in Kraft treten konnte, wurde auch das österreichische "Reformpaket" auf Eis gelegt. Nun, nach dem "erfolgreichen" Berliner EU-Verfassungsgipfel, rollt auch die "Reform" der **österreichischen** Verfassung wieder an. Diese enthält nämlich nach wie vor das "Bundesverfassungsgesetz" vom 26.10.1955 (Nationalfeiertag) über die **immerwährende Neutralität** Österreichs." Etwas so "obsoletes" (unzeitmäßiges) wie Mozartkugeln und Lippizaner muß schon wegreformiert werden, nicht wahr? Das erklärte uns unbedarften Bürgern Ex-Bundeskanzler Schüssel schon vor Jahren.

Aber es werden genau jene unbedarften Bürger bzw. deren Söhne und Enkel sein, die ihr Leben für das Weg-Reformieren der Neutralität riskieren sollen. Denn laut dem offiziellen Regierungsprogramm der amtierenden SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung sollen **Auslandseinsätze** österreichischer Soldaten statt wie bisher nur auf freiwilliger Basis in Hinkunft **verpflichtend** sein!

Türkei bereits Teil der EU-Verfassung

Seite 3

EU soll Kriegsdiktatur werden!

Seite 4

Keine Entsendung österreichischer Soldaten in Angriffskriege!

Seite 5-7

Leserserie Teil 2: Energievergeudung beenden - weniger Fliegen!

Seite 7

Das Ringen um die Meinungsfreiheit geht weiter!

In der letzten Ausgabe der WEGWARTE vom April/Mai 2007 wurde unter dem Titel "Wie EU-Gegner mundtot gemacht werden sollen." darüber berichtet, daß die **Universität Wien** aufgrund des Drucks protestierender "linker" Straßengewalt einen Vortrag von Prof. Schachtschneider zum Thema "Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten" **verhindert** hat. Veranstalter war die Initiative Heimat & Umwelt, bei der Bewerbung und Ankündigung unterstützt von der Initiative Neutrales Freies Österreich und der Redaktion Zeit-Fragen.

Univ. Prof. Schachtschneider, obwohl langjähriger Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg, von deren Studenten er zum "Top-Professor" gewählt wurde, wird von der Universität Wien vor die Tür gesetzt. Verantwortlich dafür der Vizerektor der Uni Wien, **Univ. Prof. Dr. Jurenitsch**. Die Universität Wien hat damit einen Fachkollegen aus dem Ausland in Demokratie- und Gastrechts-unwürdiger Weise **brüskiert**. Bis heute, mehr als drei Monate nach diesem beispiellosen Vorgang, hat sich die Universität Wien bei Hrn. Prof. Schachtschneider dafür nicht entschuldigt - im Gegenteil! Prof. Jurenitsch besteht in einem seither von mehreren Seiten geführten Schriftverkehr auf der "Ausladung".

Begründung: Es gäbe Hinweise des "Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes" (DÖW), daß die o.ö. Landesgruppe von "Neutrales Freies Österreich" ein "Naheverhältnis" zu rechtsextremen Kreisen hätte - eine **Behauptung**, die von Prof. Jurenitsch völlig ungeprüft übernommen

wurde. Und außerdem würde durch angekündigte Gegendemonstrationen ein "Sicherheitsrisiko" bestehen. Schon bei Androhung von **Gewalt und Nötigung** wird die akademische Meinungsfreiheit durch eine staatliche Organisation außer Kraft gesetzt! Damit **ermuntert** die Universität Wien gewaltbereite Demonstranten, die mit roten Fahnen und anarchistischen Symbolen auftreten (wie erlebt), geradezu zu weiteren ähnlichen Aktionen. Wir werden um diese Meinungsfreiheit ringen und die **Gerichte** damit befassen, ein voraussichtlich längerer und für uns kostspieliger Weg, den wir aber im Interesse der Allgemeinheit für notwendig halten. Wehret den Anfängen!

Globalisierung innerhalb der Linken

Die Chefredaktion der Schweizer Wochenzeitschrift "Zeit-Fragen", die die Vorträge mit Prof. Schachtschneider unterstützte, weist in einem Schreiben an Prof. Jurenitsch auf die wahren Hintergründe von Demonstrationen gegen Informations-Veranstaltungen über die EU-Verfassung hin, nämlich auf innerparteiliche **Flügelkämpfe** von Globalisierern innerhalb der Linken. In Deutschland findet dort derzeit eine scharfe Auseinandersetzung statt über die Frage Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit versus weitere Kriegsvorbereitung und Bejahung der Globalisierung mit deren Verelendung auf der ganzen Welt.

Die Autoren von "**Zeit-Fragen**", die - wie wir - ausschließlich ehrenamtlich arbeiten, ohne kommerzielle Inserate oder Konzerne im Rücken, treten für eine Exit-Strategie aus den mörderischen Kriegen (Afghanistan, Irak, usw.) ein und für eine Besinnung der europäischen

Länder auf ihre eigene Substanz und Souveränität sowie für eine Behebung der sozialen Schäden der globalisierenden Weltwirtschaft. Daher verwahrt sich die Redaktion gegen den in Wien erlebten Versuch von Demonstranten und deren Internet-Plattformen, eine Auseinandersetzung **in der Sache** (EU-Verfassung) mit den menschen- und demokratierechtswidrigen Mitteln der **Desinformation und Manipulation** zu verhindern, um selbst andere politische Ziele zu verfolgen.

Bei Interesse können Sie die gesamte Stellungnahme der "Zeit-Fragen" gerne bei uns anfordern. Probe-Exemplare zum Kennenlernen dieser Wochenzeitschrift können Sie anfordern bei: Genossenschaft Zeit-Fragen, Redaktion Österreich, Postfach 177, 1120 Wien. E-Mail: redaktion@zeit-fragen.at Internet: www.zeit-fragen.ch

Schachtschneider - Vortrag zur EU-Verfassung auf DVD und CD erhältlich!

Die gesamte Veranstaltung von Salzburg am 27.3.2007 wurde live in bester Bild- und Tonqualität professionell aufgenommen und kann bei uns per beiliegendem Erlagschein angefordert und im Bekannten- und Freundeskreis vorgeführt werden. Laufzeit: 148 Minuten (Vortrag 90 Minuten, Publikumsdiskussion 58 Minuten). DVD sowie CD kosten jeweils 16,- Euro (ÖS 220,-) + Porto (1,25 Euro). Prof. Schachtschneider geht dabei besonders auf **wirtschafts- und sozialpolitische** Bestimmungen der EU-Verfassung bzw. der EU insgesamt und deren verheerende Auswirkungen ein. Ein Zeitdokument ersten Ranges für alle an Freiheit und Demokratie Interessierten!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Jurenitsch!

Am 28.3.2007 sollte im Universitäts-Campus in der Alserstraße ein Vortrag des deutschen Staatsrechtlers Prof. Dr. Schachtschneider stattfinden. Als ich ca. eine Stunde vor Beginn eintraf, wurde ich von einer Horde jugendlicher empfangen, die mir mitteilten, für Nazis sei hier kein Platz. Ich solle **verschwinden**, der Vortrag sei verboten worden und finde nicht statt. Wäre die Situation nicht so **bedrohlich** gewesen, hätte ich an einen Scherz gedacht, da ich sowohl die Veranstalter als auch den Redner seit Jahren kenne. Daß ich als praktizierende Budhistin mich dermaßen **beschimpfen** lassen mußte, ist bemerkenswert. Auch meine Diskussionsversuche wurden **niedergeschrien**. Also räumte ich das Feld und fuhr nach Hause.

Als sehr engagierte Staatsbürgerin bin ich mit Demonstrationen vertraut. Wann immer es gegen Atomkraft, für Tierschutz etc. geht, bin ich dabei. Aber eine solche Phalanx ist mir noch nie untergekommen. Nicht einmal zu Zeiten, als ich noch - aus Geschäftsgründen - auf den Opernball gehen mußte, erlebte ich dermaßen **Gewalt, Hybris und absolute Negation**. ... Ich frage mich, ob die Uni nun Schlägertrupps einsetzt, um Meinungen, die aus welchem Grund immer - nicht systemkonform sind - **nicht äußern** zu lassen?! ... In welchem Land lebe ich eigentlich?

Ilse-Maria W., Mentorin (Name und Adresse der Redaktion bekannt)

Türkei bereits Teil der EU-Verfassung!

Immer wieder beteuern Politiker und Medien, daß ja gar keine "ernsthaften" Beitritts-Verhandlungen mit der Türkei geführt würden, daß dieses Thema noch viele Jahre lang nicht spruchreif sei, usw. usf. Bei Fernsehauftritten (z.B. des neuen französischen Präsidenten Sarkozy oder auch österreichischer Spitzenpolitiker von "rot" und "schwarz") wird der EU-Beitritt der zu 97 Prozent (!) ihres Staatsgebietes **nicht** in Europa befindlichen Türkei für "nicht aktuell" erklärt, damit die europäischen Wähler beruhigt sind. In Wahrheit haben die **Regierungen** der EU-Mitgliedstaaten schon vor Jahren dafür gesorgt, daß auch der (noch)-**Nicht**-EU-Mitgliedsstaat Türkei den EU-Verfassungs-Vertrag unterzeichnet.

Die Türkei ist schon lange NATO-Mitglied, ihre Regierungen verfolgen seit Jahren im militärischen Bereich eine enge Zusammenarbeit mit Israel und gehören damit zu den wichtigsten Vasallen der US-Kriegspolitik im Nahen Osten. Die Einbindung der Türkei in den EU-Verfassungsvertrag ist daher machtpolitisch völlig "logisch", nur die verachteten "einfachen" Bürger sollen möglichst wenig davon mitbekommen! Entnehmen Sie als WEGWARTE-Leser die hier abgebildeten **Unterschriften der Regierungsvertreter der Türkei**, die auf Seite 427 einen Teil der "Schlußakte" des Originals des EU-Verfassungs-Vertrages bilden, der vom "Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften" 2005 unter der ISBN 92-824-3098-7 herausgegeben wurde (insgesamt 483 Seiten). In dieser "Schlußakte", die allein 71 Seiten umfaßt, heißt es:

"Die Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die am 30.9.2003 in Brüssel einberufen wurde, um im gegenseitigen Einvernehmen den Vertrag über eine Verfassung für Europa zu beschließen, hat folgende Texte angenommen: **Vertrag** über eine Verfassung für Europa (rund 200 Seiten), **Protokolle** zum Vertrag über eine Verfassung für Europa (insgesamt 36), **Anhänge** zu diesem Vertrag (zwei), **Erklärungen** zu den Bestimmungen der Verfassung (30), **Erklärungen** (11) zu den der Verfassung beigefügten Protokollen und **Erklärungen** (9) der Mitgliedstaaten, Geschehen zu Rom am 29.10.2004."

Darunter die Unterschriften der Regierungsvertreter (meist der Regierungschef und/oder Staatspräsident sowie der Außenminister) von 28 Staaten: von 25 bestehenden Mitgliedern, 2, damals noch nicht, inzwischen aber bereits Mitgliedern (Rumänien und Bulgarien) und eben von der **Türkei** (siehe Abbildung). Vor den Unterschriften dieser drei Staaten heißt es: "Als Beobachter bei der Konferenz haben in ihrer Eigenschaft als Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union ferner diese Schlußakte unterzeichnet."



Türkiye Cumhuriyeti Adina

Dies steht also seit über zweieinhalb Jahren fest. Von welcher österreichischen oder sonstigen Zeitung/Radio- oder Fernsehstation wurden Sie als Bürger darüber informiert??? In der gesamten Geschichte der EU, früher EG, gab es keinen einzigen Beitritts-"Kandidaten", der nicht Mitglied wurde ...

Für Österreich haben unterschrieben der (damalige) Bundeskanzler Schüssel und die auch heute noch amtierende Außenministerin Plassnik. Beide haben die Bürger und Wähler, die sie (angeblich) vertreten, nicht im geringsten über die weitreichenden **Inhalte** der EU-Verfassung informiert, geschweige denn eine öffentliche Diskussion oder gar Volksabstimmung darüber ermöglicht. Laut Plassnik hat auch die "neue" EU-Verfassung oder wie immer sie in Zukunft zu Täuschungszwecken heißen wird, zu **95 Prozent** den gleichen Inhalt wie die bisherige. **Gusenbauer** hat dies beim EU-"Gipfel" im Juni in Berlin ausdrücklich begrüßt ...

Schließlich gibt es Kreise, die viel wichtiger sind als die Wähler und über deren "Beratungs-Inhalte" diese nichts erfahren dürfen! So fand laut Meldungen der APA ("Austria Presse Agentur") die jüngste **"Bilderberger-Konferenz"** ausgerechnet in der **Türkei** statt. Es war das 55. Treffen dieser Organisation, bei der sich jährlich hohe Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenfinden.

An dem Treffen in **Istanbul**

nahmen laut türkischen Medien u.a. die niederländische Königin Beatrix, Schwedens Außenminister Carl Bildt, der frühere US-Außenminister **Henry Kissinger**, der Präsident des Weltwährungsfonds, Rodrigo de Rato, EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und Belgiens Kronprinz Philipp teil. Türkische Teilnehmer waren u.a. Staatsminister Ali Babacan, Vertreter des Industriellenverbandes TÜSIAD und der frühere Wirtschaftsminister und amtierende UNDP-Chef Kermal Dervis. Von österreichischer Seite nahmen teil: Bundeskanzler Alfred **Gusenbauer**, Wirtschaftsminister Martin **Bartenstein**, der Generaldirektor der BAWAG, Ewald **Novotny**, und der Herausgeber der Tageszeitung "Der Standard", Oscar **Bronner**.

Kissinger, "der große alte Mann" der US-Diplomatie, traf im Rahmen eines privaten **Österreich-Besuches** laut APA-Meldungen kurz danach auch Bundeskanzler Gusenbauer, Außenministerin Plassnik und Bundespräsident **Fischer** zu Gesprächen.

Gusenbauer, laut APA am Rande einer Pressekonferenz mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Jose Socrates am 4. Juni nach dem "Bilderberger"-Treffen befragt, verwies auf das Prinzip der "Diskretion", wonach Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik **"ohne Öffentlichkeit" eine "offene Diskussion"** abhalten. Diese erfolgt jährlich ohne vorherige Bekanntgabe von Zeit, Ort, Themen und Teilnehmern. Türkische Journalisten, die an dem Treffen teilnahmen, berichteten, es sei dabei um Fragen wie das iranische Atomprogramm, die globale Erwärmung, die **türkische EU-Mitgliedschaft** und das Nahost-Problem gegangen.

Der Name **"Bilderberger"** stammt vom Tagungsort in Holland, wo im Mai 1954 die erste derartige Konferenz stattfand. Sie entstand aus der Sorge führender Persönlichkeiten um den Zusammenhalt der transatlantischen Partnerschaft (=NATO), wie die APA berichtet.

Der EU-Gipfel in Berlin, bei dem der "Fahrplan" für die "neue" (?) EU-Verfassung abgesegnet wurde, fand von 20.-23. Juni statt; die "Bilderberger"-Konferenz rund zwei Wochen vorher. Aber das ist sicher nur Zufall!

Vatikan für Türkei-Beitritt zur EU

Dies berichtet die amtliche "Wiener Zeitung" vom 31. 5. 2007 unter Berufung auf ein Interview, das der vatikanische Staatssekretär Tarcisio Bertone, die "Nummer Zwei" im Vatikan, der Turiner Tageszeitung "La Stampa" gegeben hat. Bei Interesse können Sie diesen Artikel gerne bei uns anfordern.

Die EU soll Kriegsdiktatur werden!

Unter diesem Titel warnt der deutsche Arzt Heinz Gerhard Vogelsang vor einer unheilvollen Entwicklung, die er wie folgt begründet.

Im von Merkel und Jung (Verteidigungsminister Deutschlands) verantworteten Weißbuch zur Zukunft der Bundeswehr www.weissbuch.de wird die seit sechzig Jahren geltende Verteidigungsdoktrin (Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen) um 180 Grad verkehrt in die Völkermorddoktrin: der Angriffskrieg soll legalisiert werden.

Die in der EU-Verfassung vorgesehene Kriegsdiktatur, die mit Hilfe der von den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak bekannten Lügen den 3. Weltkrieg durchführen soll, mag unwirklich erscheinen wie unseren Großeltern vor 80 Jahren der 2. Weltkrieg. Er kam trotzdem!

Ein Strategie-Papier der Bertelsmann-Stiftung sieht folgende Planung für **globale Angriffskriege gegen sechzig Länder einschl. China** vor, die unter US-Diktat von der EU geführt werden sollen:

- Das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen soll für Kriegstransporte der Europäischen Union bereitgestellt werden.
- Ein Militärtrat, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt, soll Schiffsraum und andere Transportkapazitäten jeder Art jederzeit beschlagnahmen können.
- Das soldatische Personal und die Rüstungsausgaben aller Mitglieder der Europäischen Union sollen drastisch erhöht werden.
- Eingeschlossen sind Arsenale für nukleare, chemische und biologische Kriegsführung.

Die Vorbereitungen für diesen globalen Angriffskrieg, der nach dem Willen der USA sechzig Länder der Erde einschließlich China behandeln soll wie Afghanistan und den Irak, sollen von einem "Trirektoire" aus deutschen, französischen und britischen Militärs übernommen werden.

Diesen **weltweiten Präventivschlägen** soll ein Kriegsrat vorste-

hen als überstaatliches Gremium, das der Kontrolle sämtlicher Parlamente entzogen ist und Befugnisse zur Aufhebung nationaler Verfassungsgebote erhält, also nach Gutdünken jederzeit Kriegsrecht über den ganzen Kontinent verhängen kann.

Dieser autonomen Behörde soll ein **kontinentaler Geheimdienst** zur Seite stehen, um nach dem Vorbild der CIA Kriegsgründe zu konstruieren, die es in der Realität nicht gibt.

Ferner soll das Polizeiwesen der Mitglieder der Europäischen Union paramilitärisch ausgestaltet werden, um demokratischen Widerstand gegen diesen dritten Weltkrieg zu brechen.

Quelle: Bertelsmann Foundation: A European Defence Strategy. Written by Julian Lindley-French and Franco Algieri. Advised by Thomas Bauer, Yves Boyer, Jani Emmanouilidis, Thomas Forsberg, Stefani Weiss and Rob de Wijk. Gütersloh 2004;

<http://www.politikforum.de/forum/showthread.php?t=64851>

Auf der **NATO-Konferenz 2002** in München forderten die US-Senatoren Joseph Liebermann und John McCain sowie der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz die Beteiligung Europa's am 3. Weltkrieg **unter Verwendung dieser Vokabel** und Bezug auf den 2. Weltkrieg.

Die USA präsentierten eine Liste von **60 Ländern** der Erde, darunter China, die abgeschlachtet werden sollen wie Afghanistan und der Irak. Europa soll mitmorden und die Verwüstungen bezahlen.

Es soll sich um Präventivschläge handeln, also um Angriffskrieg, der nach Art. 26 des Grundgesetzes und § 80 StGB in Deutschland verboten ist.

Merkel/CDU forderte ein **Ermächtigungsgesetz**, um die parlamentarische Kontrolle der Kampfeinsätze aufzuheben. Da die USA Deutschland als gehorsampflichtigen Untertan betrachten, soll George W. Bush oder sein Nachfolger die Bundeswehr direkt ins Massaker befehlen.

Die wichtigsten Vorträge der **nichtöffentlichen** Tagung konnten unter www.securityconference.de, 38. Tagung, 2002, abgerufen werden. Diese Seite ist **inzwischen getilgt**.

Der in Deutschland von Schröder und Joschka Fischer unterschriebene Verfassungsentwurf der Europäischen Union bestimmt zum Krieg: Unionsrecht bricht grundsätzlich das Recht der Mitgliedsstaaten (Art. I-10) und kann Teile von deren Verfassungen außer Kraft setzen. Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden haben weder die nationalen Parlamente noch das Europäische Parlament ein Mitspracherecht. Sie wird allein vom Europäischen Ministerrat gefällt.

Wer mithelfen will, **den Menschen in Europa die Augen zu öffnen** über das, was da über ihre Köpfe hinweg beschlossen werden soll, gehe mit Hilfe des Internets so vor:

Man gebe bei Google den Ort ein, wo der geplante Völkermord bekannt werden soll, und klicke email-Adressen an, die als graue Masken übereinander gespeichert werden. Korrespondierend erscheinen am unteren Bildrand gelbe Kuverts mit einem roten Punkt. Dann eröffnet man z.B. die Seite: Zürich@ und klickt auf ein gelbes Kuvert, worauf die graue Maske mit der Adresse erscheint. Diese kopiert man in Zürich@ und klickt die Maske weg. Es erscheint die nächste. **Schon kann man Mitbürger über den geplanten 3. Weltkrieg aufklären.** Für die Übersetzung ins Englische, Französische, Spanische, Italienische und Portugiesische kann man sich des kostenlosen automatischen Internet-Übersetzungsprogramms www.translate.ru bedienen, muß allerdings Korrektur lesen.

Mitgeteilt von:

Dr. med. Heinz Gerhard Vogelsang, Internist u. Arzt f. Naturheilverfahren, Homöopathie: Leydelstr. 35, D-47802 Krefeld, Tel. = Fax: 0049/2151/563294.
www.homoeopathie-krefeld.de

Keine Entsendung österreichischer Soldaten in Angriffskriege, in mit Uranwaffen geführte Ausrottungskriege und in radioaktiv verseuchte Krisengebiete!

Ohne globales Vorherrschaftsstreben gäbe es keine Pläne für den globalen Krieg.

von Gerhart SCHWAB, 5020 Salzburg

Bei einem Krieg, der mit einer aus abgereichertem Uran bestehenden Munition geführt wird, geht es nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um Ausrottung. Fürchterlicher als die augenblicklichen unheilbaren Gesundheitsschäden, z.B. bei Irakern und US-Soldaten, und deren mißgebildeten Kindern, ist die Gewißheit, daß Neuerkrankungen durch diese radioaktive Verseuchung niemals aufhören, bis zum **genetischen Zusammenbruch des gesamten "befreiten" Volkes**.

Die Verwendung radioaktiv verseuchter Kampfmittel durch die amerikanischen Truppen stellt eine neue Dimension des Kriegsverbrechens dar wie seinerzeit, während des Vietnamkriegs, das tonnenweise eingesetzte chemische Kampfgift "Agent Orange". Der Irak der Gegenwart ist also eine **Atommüllhalde** - mit entsetzlichen Folgen für die Bevölkerung. (Siegwart-Horst Günther, "Uran-geschosse", AHRIMAN-Verlag, 1996).

Die **Nanopartikel** des abgereicherten Urans sind hundertmal kleiner als ein weißes Blutkörperchen, sie durchdringen Zellmembranen und stören die Zellfunktionen. Uran 238 hat eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Wer diese Waffe anwendet, **sät ewige Feindschaft!** Die abgehobene sich als Bollwerk christlich-abendländischer Kultur empfindende "Europäische Wertegemeinschaft" scheinen solche Ausrottungskriege kaum zu stören, solange man diese "Friedenseinsätze" nennt.

Der Westen will Irakern und Afghanen **"Freiheit und Demokratie"** bringen. Freiheit bedeutet auch Abwesenheit von krankmachenden, krebserregenden und Keimzellen schädigenden Giften. Indem man ihre Länder mit Uran 238 verseucht, wird diesen Völkern die wichtigste Voraussetzung für tatsächliche Freiheit verwehrt - und das bis über das Ende der Menschheit hinaus! Die Europäer

sind der Meinung, in Afghanistan werde lediglich gegen El Kaida und die Taliban-Krieger gekämpft. Sobald der Westen Munition verwendet, die Uran 238 enthält, führt er wie im Irak einen Krieg, der die **Vernichtung des dort lebenden Volkes** in Kauf nimmt, zumal da auch die Afghanen ein einer Welt-diktatur hinderliches Kraftzentrum sind. Solche Weltzerstörung beinhaltet letztlich Selbstzerstörung. Diese Täter haben eine niederträchtige lebensfeindliche Vorstellung von Gott, von dem sie sich erwählt dünken und auf den sie sich bei ihren Verbrechen berufen. Der Jahrmillionen, bis lange nach dem Verlöschen des unerwünschten Volkes, fortwirkende **Angriff auf die Keimzellen** ist ein haßerfülltes, lebensverhöhndendes "glory, glory halleluja", das die Welt nach-

denklich stimmen sollte.

Wo Waffen mit Langzeitwirkung angewendet werden, kann es nach Kriegsende keinen Frieden geben, selbst dann nicht, wenn NATO-Mitglieder der "Partnerschaft für den Frieden" an einem derartigen Verbrechen beteiligt wären. Ruchlosigkeit kann niemals auf Lüge verzichten.

Die evangelikale Bibelrunde um George W. Bush, die solche Kriege wünscht, läßt keinerlei Bedenken in der Wahl der Kriegsmittel erkennen. Dieses gänzliche Fehlen von Ehre und Berechenbarkeit in der amerikanischen Führung sollte Europa und die übrige Welt alarmieren, den Versuch zu machen, auf die Weltmacht Nr. 1 einen **mäßigenden Einfluß** auszuüben. Auch wenn darauf die Watch List stünde ... Die Auslegung, ob ein militärischer Auslandseinsatz nun ein Friedenseinsatz oder ein Angriffskrieg ist, liegt letztlich bei den "Bösen", zu deren Läuterung der gute Westen seine aufwendigen Friedensprojekte ersinnt.

Atomanlagen und Krieg sind die gefährlichste Verbindung die sich denken läßt. Atommüll-Lager, Atomreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen garantieren **absolute Verwundbarkeit**. Strahlenmeilerfreie Nachbarn sind ebenso gefährdet. Jene politischen Lager, die die Errichtung der Atomindustrie durchsetzten, lehnen heute auch den globalen Weltordnungskrieg nicht entschieden ab! Einerlei ob hier Wahnsinn oder Absicht im Spiel sind, die Völker müssen sich unverzüglich getrauen für ihre Zukunft einzutreten! Erste Pflicht atomkraftfreier Länder wäre, Bevölkerungen von Staaten mit Atomindustrie, die kriegswilligen Regierungen ausgeliert sind, vor den schlimmsten möglichen Folgen solcher Politik zu warnen. Die meisten scheinen nicht zu wissen in welche gefährliche Lage sie von jenen freundlichen Menschen gebracht wurden, denen sie immer treu ihre Stimme gaben.



Eine von drei Abbildungen von mißgebildet geborenen Kindern von US-Golfkriegsveteranen.

Bereits 1994 wurde festgestellt, daß bei 251 US-Golfkriegsveteranen-Familien im Staat Mississippi **67 %** der Kinder mißgebildet geboren wurden: mit fehlenden Augen, Ohren, Fingern, Armen oder Beinen.

Entnommen aus: "Uran-Geschosse: Schwergeschädigte Soldaten/mißgebildete Neugeborene/sterbende Kinder. Eine Dokumentation der Folgen des Golfkrieges, 1993-1995" von Dr. med. Siegwart-Horst GÜNTHER, Ahriman-Verlag Freiburg, 1996/2000, ISBN: 3-89484-805-7.

Ohne eine auf die Zukunft aller Völker ausgerichtete Politik gibt es keinen Frieden

Angriffskrieger, in deren Mutterland das organisierte Verbrechen blüht, können nur wenig glaubwürdig versichern, anderswo, um Recht und Ordnung willen, bomben und verseuchen zu müssen. In den Vereinigten Staaten rügt man den mangelnden Kampfwillen der Europäer in **Afghanistan**. "Die Regierung darf nicht länger passiv zuschauen, während unsere sogenannten Alliierten amerikanische Großzügigkeit und Entschlossenheit ausnutzen", wettet der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Kongreß, der Demokrat Tom Lantos. Es sei **"empörend"**, daß NATO-Befehlshaber Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien um Truppen anbetteln müßten. Die Weigerung, Truppen in gefährliche Regionen zu verleihen, sei eine **"Unverschämtheit"**. "Wenn unsere Kommandeure vor Ort sagen 'Wir brauchen zusätzliche Hilfe', dann müssen die NATO-Staaten die bereitstellen", forderte Bush in einer Grundsatzrede. (Salzburger Nachrichten, 17.2.2007)

Es kann für ein Volk kaum eine demütigendere Rechtlosigkeit und Unterdrückung geben als in Kriege gezwungen zu werden, die es aus freien Stücken niemals führte, deren Notwendigkeit es auch nicht erkennen kann. Was gilt Herren, die einen **Kreuzzug** um den Thron der Welt führen, schon das Los ihrer Vasallen, die auf der Strecke bleiben?

Nach Brzezinski ("Die einzige Weltmacht", 1997) betrachten die USA **Eurasien** als Schachbrett, "auf dem der **Kampf um globale Vorherrschaft** auch in Zukunft ausgetragen wird." Auf diesem "Schachbrett" wohnen Völker, die ihre Heimat keineswegs, dem globalen Sendungswahn Washingtons zuliebe, verlieren wollen.

Sieht der Plan der USA denn anders aus als durch drosselnde Überwachung der Bekehrten und Vernichtung der unbekehrbaren Staaten ihre Vorrangstellung abzusichern und zu erweitern? Was unterscheidet eine **Demokratie**, die in möglichst vielen Staaten mit wirtschaftlichem Druck oder mit Gewalt ihren Vorteil durchsetzen möchte, von einer **imperialistischen Diktatur**?

"Weltökonomisch spielt die Musik

mehr und mehr in Asien. Hinter den Kulissen des APEC-Gipfels trachten **die großen Mächte deshalb vor allem danach, ihre Einflusssphären in Asien auszuweiten**. Die USA möchten sich stärker engagieren, um dem Aufstieg Chinas entgegenzuwirken ... (Salzburger Nachrichten, 20.11.2006). Erinnern wir uns, daß am 1. Februar 1896 sowie am 11. September 1897 in der englischen Zeitung "Saturday Review" wirtschaftliches Konkurrenzdenken die Zerstörung Deutschlands forderte!

Hoffentlich wissen die NATO-Vasallen der USA, weshalb sie ihre Rüstungen von Jahr zu Jahr steigern sollen. Die US-Führung gleicht einem Animator in einem Ferienclub; nie fehlt es ihr an Einfällen für neue abenteuerliche Beschäftigungen. Die sogenannte "Gelbe Gefahr" entspringt genau dort, wo mit höchster Betriebsamkeit an der Selbstvernichtung des Westens gearbeitet wird. Europäer wie Nordamerikaner laufen Gefahr, **Schachfiguren** eines sich zunehmend gefährlicher ausweitenden Machtspieles zu bleiben, in dem ihr Glück und ihr eigener Schöpfungsauftrag völlig bedeutungslos sind. Von den beteiligten Regierungen ist kaum Umkehr zu erwarten. Furcht vor Täufern, die das Sagen haben, ist meist größer als die Moral.

"In Gottes Hand?"

Bei der Wahl 2004 behauptete George W. Bush erneut, **Gott persönlich** habe ihm gesagt, er sei Sein bevorzugter Kandidat für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten: "Gott hat mich erwählt, diese Aufgabe für alle Amerikaner zu übernehmen, ... also bin ich in Gottes Hand." Im Juli 2004 sagte er in Dallas zu Journalisten: "Ich glaube, Gott weiß, ich habe den Job so gut gemacht, wie ich konnte, aber nur, weil ich mich von **Jesus Christus** leiten ließ." (Barbara Victor, "Beten im Oval Office", Vlg. Pendo München und Zürich). Der Präsident wird im Glauben an seinen Gottesauftrag von seinen Betbrüdern bestärkt. Diese sind "Wiedergeborene Christen", weil auch ihnen Jesus Christus seine persönliche Aufwartung gemacht hat. In den USA machen sie sich stark gegen die Abtreibung. Im Irak gehen mißgebildete Föten verseuchter Frauen vorzeitig ab, ausgetragene Kinder weisen vermehrt Erbschäden auf. Mit dem Uran 238 hat George W. Bush die lebenszeugende Erde in eine todbringende Gefahr verwandelt.

Der evangelikale Prediger Franklin Graham, Sohn des berühmten Billy Graham, fand Worte, die Arbeiter an der Menschenkelter Gottes in ihrem Glauben, auf dem richtigen Weg zu sein, bestärken können: "Die Angelegenheiten, um die sich der Herr am meisten sorgt, **kosten oftmals Menschenleben**." (Barbara Victor, "Beten im Oval Office", S.48)

Ob man nun Gott als Schöpfer sieht oder als ein Raum und Materie innewohnendes Gesetz, Tatsache ist, daß **die Erde ohne Mithilfe von Menschen ein lebentragender Himmelskörper wurde**. Jede Religion kann zu Wahn, zu induziertem Irresein (Kraepelin) führen. Weil Gläubige herausragende Frömmigkeit, selbst wenn sie zur Schau gestellt wird, mit Anständigkeit verbinden, lassen sie sich leichter als andere von Betrügnern lenken. Auf diese Weise kann "Gott" zur gefährlichsten Waffe werden, über die Menschen verfügen. Vergangenheit und Gegenwart liefern den Beweis. Zerstören ist unendlich leichter als Erschaffen ...

Was können wir tun?

Wir müssen die Menschen aufrufen, sich ihres Selbst bewußter zu werden, mehr Eigenständigkeit und Selbstachtung zu entwickeln, von oben zugefügte Entmündigung (z.B. EU-Verfassung!) als Angriff auf ihr Menschsein zu begreifen. **Du brauchst keine Führer**, als Dolmetscher eines dir verborgenen höheren Willens, die dir versichern, ihre globalen Machtziele seien für dich lebensnotwendig, deine Sonne ginge unter, wenn sie nicht die Kontrolle über die Welt hätten. **Jeder Mensch ist eine eigenverantwortliche Welt innerhalb des Universums**. In dieser Welt hat nur der eigene innere Befehl zu gelten. Dann kann man sich auch die Frage stellen, ob man im eigenen Land Lakaien von Mächten wählen soll, die niemals Frieden geben solange sie nicht unumschränkt herrschen und die sich niemals scheuen, dafür die verwerflichsten Mittel einzusetzen. Ob nach Erreichen ihrer Ziele ein lebenswertes Dasein noch möglich ist, wird von den Machtstrebern niemals erwogen; ihre Taten und Pläne wären sonst anders.

Leben- und völkererhaltende Gesinnung lehnt **menschenverachtende Machtprogramme** ab. Erst wenn alle Menschen begreifen, daß sie nur in einer Weltgemeinschaft gegenseitigen Wohlwollens Zukunft haben können, werden

weltvernichtende Amokläufe wahn- genährter Herrschsucht Vergangenheit sein. Das beinhaltet **Selbstbeschränkung auf den eigenen Lebensraum**, wie auch Bewahren und Wiederherstellen der lebenerhaltenden Fähigkeiten der Erde. Das moderne Waffenarsenal ließe der Vernunft keine andere Wahl, auch wenn es sich nicht in Händen "gotterwählter" Eiferer befände.

Albert Schweitzer schrieb in seinem Büchlein "Aus meinem Leben": Meiner Ansicht gibt es kein anderes Schicksal der Menschheit als dasjenige, das sie sich durch ihre Gesinnung selber bereitet. Darum glaube ich nicht, daß sie den Weg des Niederganges bis zu Ende gehen muß."

Sollten Sie für gut halten, wenn Jasager zur globalen Angriffspolitik von Washington und Brüssel in unserem Parlament und auch in den Regierungen der EU-Staaten ihre Macht verlor, dann könnte diese Schrift auch von Ihnen verbreitet werden.

Sie haben keine Hoffnung auf Erfolg? - Wenn es um Abwendung der größten Bedrohung geht, der sich die Menschheit je gegenüber sah, **kann der Einsatz für die**

Zukunft unseres Volkes, unseres Erdteils, der sechzig Staaten, die von NATO und USA angegriffen werden sollen (nach einem Strategie-Papier der Bertelsmann-Stiftung - siehe Quellenangabe auf Seite 4 dieser WEGWARTE), und die **Absage** an Veranstalter von Völkermord **Bedürfnis werden, selbst auferlegte Pflicht**. Auch wenn kommende Präsidenten der USA eine andere Politik machen, ist die Gefahr nicht gebannt. Bushs Programm beruht auf dem Plan von Glaubensmächten, deren Einfluß auf die Weltpolitik nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Verteilt ein Empfänger zehn Stück dieser Schrift, werden vielleicht zwei Friedensfreunde das selbe tun. Nach der nächsten Wahl schon könnten Willfähige des globalen Angriffskrieges das **sittliche Bewußtsein** der Wähler schmerzlich zu spüren bekommen. Parteien, deren Politiker sich nicht ausdrücklich gegen die Kriegspläne der USA und Brüssel stellen, verdienen keine Stimme. Im Zweifelsfall sollte man nicht wählen.

Vermeiden von Kriegen sät' keinen Haß, weil es Vertrauen in die Redlichkeit und Berechenbarkeit des anderen zuläßt.

Leserserie Teil 2

Energievergeudung beenden - weniger Fliegen!



Der Flugverkehr gehört zu den größten Energiefressern, Luftverschmutzern und Lärmerregern. Ein einziger Jumbo-Jet erzeugt heute im durchschnittlichen Flug etwa gleich viel Stickoxide wie 70.000 laufende Ölfeuerungen. Der Flugverkehr ist am Treibhauseffekt übermäßig beteiligt, und zwar auf mehrfache Weise: durch den Ausstoß vieler Millionen Tonnen von Abgas-Wasserdampf-Gemisch Ozonzunahme in den unteren Luftschichten, höhere Luftfeuchtigkeit über ca. 8.000 Meter, zusätzliche Eiswolken (Kondenssstreifen und Cirren) und Kohlendioxid-Zunahme.

Wir nehmen am Flugverkehr in sehr viel höherem Ausmaß teil als wir glauben. Wer ist sich schon bewußt, daß der kurze **Urlaubsflug nach Athen** und retour fast das Energiekonto fürs ganze Jahr aufzehrt - gerade noch 500 Liter Heizöl (als Vergleichswert) verbleiben, um über den Winter zu kommen. Waschmaschine, Fernseher und Auto müßten das ganze Jahr über unbenutzt bleiben ... Absurd? Nicht, wenn man mit einer Stabilisierung des CO₂-Ausstoßes ernst machen wollte, von einer Senkung ganz zu schweigen. Für die **Tomaten aus Gran Canaria**, die wir uns außerhalb der Saison leisten, haben wir damit gleichzeitig fünf Liter Kerosin mitverbraucht. Dafür hätten wir 30 Kilometer mit dem Auto an- und abreisen können (als Vergleichswert).

Es ist hoch an der Zeit, beim Einkauf vor allem von Lebensmitteln an deren **Transportwege** zu denken und bewußt heimische Produkte zu bevorzugen, und auch bei der **Globalisierung des Urlaubs** nicht mehr mitzuspielen! Zu einer lebenswerten Zukunft für uns und andere Völker und für die Tier- und Pflanzenwelt kann auch jeder Einzelne viel beitragen!

Eingesandt von Mag. Ernst Bodenstorfer, 1170 Wien.

Senden Sie uns auch **Ihre** Anregung(en) zum Thema "Energievergeudung beenden" für eine der nächsten WEGWARTEN!

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 18 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate.

Einladung zum Film-Vortrag zum Thema Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten?

Eintritt:
freie Spende

... auch wenn sie zu Tarnzwecken in "Basisvertrag", "Grundlagen
Vertrag", "Reform-Vertrag" oder wie immer umgetauft wird ...

Referent:

Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Universität Erlangen-Nürnberg

Imbiß-
möglichkeit

NIEDERÖSTERREICH

Montag, 23. Juli, 19.30 h

WIENER NEUSTADT

Hotel "Corvinus"/Seminarraum
Bahng. 29-33

Mittwoch, 25. Juli, 19.30 h

BADEN

Parkhotel/Lesezimmer
Kaiser Franz-Ring 5

STEIERMARK

Montag, 30. Juli, 19 h

JUDENBURG

Jugendgästehaus/Seminarraum
Kasernstr. 22

Dienstag, 14. August, 19.30 h

GRAZ

Gasthof "Gösser-Bräu"
Neutorg. 48

Freitag, 17. August, 19.30 h

BRÜCK/MUR

Jugendgästehaus Seminarraum
Stadtwaldgasse 1

WIEN

Donnerstag, 26. Juli, 19 h

Westbahnhof-Restaurant
E-Station Kassenhalle 1. Stock

KÄRNTEN / OSTTIROL

Donnerstag, 2. August, 19.30 h

KLAGENFURT

Hotel "Moser-Verdino" 1. Stock
Domgasse 2

Sonntag, 5. August, 16 h

LIENZ

Kolpinghaus
Adolf Purtscher-Str. 6

Mittwoch, 8. August, 19.30 h

SPITTAL/DRAU

Kolpinghaus
Litzelhofenstr. 11

Montag, 13. August, 19 h

WOLFSBERG

Seminarhotel Hecher
Wiener Straße 125

Bei allen Veranstaltungen wird auch eine **Wanderausstellung** gezeigt mit den wichtigsten Presse-Ausschnitten und **Medien-Schlagzeilen** in den letzten Wochen **vor** der EU-Abstimmung von 1994. Diese sind besonders für die Jugend (im Alter von 15 bis 25) aufschlußreich, da diese zum Zeitpunkt der damaligen Lügen-Propaganda erst Kinder waren und nicht wissen können, mit welchen perfiden Methoden die Österreicher (wie auch die Bürger fast aller anderen Staaten, in denen später über den EU-Beitritt abgestimmt wurde) in die EU hineingelogen wurden. Genauso **bewußt** irreführend wie die Versprechungen von damals sind die Schalmeientöne, mit denen man den Bürgern **heute** die EU-Verfassung als "Fortschritt" anpreist ... Ich freue mich darauf, bei den Filmabenden möglichst viele WEGWARTE-Leser persönlich kennen zu lernen!

Inge Rauscher, Obfrau der IHU

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

17. Jahrgang, Folge 3, Juli 2007

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer